

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 775

Mittwoch, 15. März 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Zum Frauentag	1
“Hört auf, uns auszugrenzen. Wir Frauen existieren”.....	1
Izabal: Frauen sprechen über das Pro und Contra, sich an den Wahlen zu beteiligen.....	2
Q'eqchi'-Frauen diskutieren über Ausgrenzung und Wahlbeteiligung.....	2
Wahlen 2023	3
Das Verfassungsgericht: Keine gültige ‚finiquito‘, keine Kandidatur für Rodas.....	3
In den Fussstapfen seines Bruders Jimmy: Sammy Morales ist für die Wahlen 2023 registriert.....	3
Es geht nicht nur um Jordán (Kolumne von Adrian Zapata in La Hora).....	3
Rechtswesen	4
Fall Molina Theissen: CC-Urteil empfiehlt aus gesundheitlichen Gründen die Freilassung der verurteilten Militärs....	4
Gericht bewilligt zweites Auslieferungersuchen für die ehemalige Generalstaatsanwältin Thelma Aldana, die in den USA im Exil lebt.....	5
Migration	6
“Wir wären fast gestorben“: die Geschichte eines guatemaltekischen Migranten, der in einem in Mexiko verlassenen Lieferwagen unterwegs war.....	6

Zum Frauentag

“Hört auf, uns auszugrenzen. Wir Frauen existieren”

Guatemala, 8. März - Kollektive und Organisationen von Frauen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, haben sich am Mittwoch zu einem Marsch durch das historische Zentrum der Hauptstadt zusammengeschlossen, um den Internationalen Frauentag zu begehen. In den Blöcken erhoben auch Maya-Frauen ihre Stimme, um gleiche Bedingungen, die Achtung ihrer Rechte und grössere Chancen zu fordern. "Wir wollen keine Blumen, wir wollen Rechte", "Hört auf, uns auszugrenzen, wir Frauen existieren", "Ich bin die Tante der Mädchen, die ihr nie berühren werdet", "Es gibt Schweigen, das tötet, wir verlangen, gehört zu werden" und "Nichts zu feiern, viel zu kämpfen", waren einige der Slogans, die auf den Transparenten zu lesen waren.

In Xela und in Guatemala-Stadt gehörten zu ihren Forderungen auch ein Ende der Kriminalisierung von Richter*innen und Staatsanwält*innen sowie des fehlenden Zugangs zur Justiz bei Frauenmorden. Virginia Laparra repräsentiert uns Frauen und die verschiedenen Ungerechtigkeiten, die wir erleben", sagte Ursula Roldán, eine soziale Aktivistin. Sie fügte hinzu, dass das Justizsystem "uns nicht vertritt". Laparra, ehemalige Leiterin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) in Quetzaltenango, sitzt seit einem Jahr wegen Amtsmissbrauchs und der angeblichen Weitergabe vertraulicher Informationen im Gefängnis. Organisationen wie die guatemaltekische Sektion von Impunity Watch haben jedoch auf Unregelmässigkeiten in diesem Verfahren hingewiesen.

Die Teilnehmer*innen des Marsches forderten auch, dass ihre Arbeitsrechte geachtet werden und dass sie gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz eintreten dürfen. Olivia Ajú, eine Handwerkerin, bekräftigte, dass Frauen die Grundlage der Gesellschaft seien. "Die Regierung muss den Frauen den Raum geben und sie respektieren, damit sie keine Angst haben und ihre Stimme erheben können. Sie wollen uns in den Schatten stellen, aber das wird ihnen nicht gelingen", sagte Ajú.

Die Demonstration in der Hauptstadt endete auf dem Platz der Verfassung. Am nahen Platz der Kinder fand eine Zeremonie zum Gedenken an die 41 Mädchen statt, die vor sechs Jahren im Hogar Seguro Virgen de La Asunción verbrannt waren. Der Beginn der mündlichen und öffentlichen Anhörung im Gerichtssaal wurde bereits 12 Mal verschoben. Die Familien fordern jedoch weiterhin Gerechtigkeit für die 41 getöteten Mädchen und Jugendlichen und die 15 Überlebenden. "Es war nicht das Feuer, es war der Staat", rief der Mädchenblock während des Marsches.

Von den Territorien aus fordern sie eine stärkere politische Beteiligung

Die Verantwortlichen der Gemeinden sprachen sich ebenfalls dafür aus, ihre Rechte in den Gebieten zu verteidigen, in denen sie tätig sind. María Antonia Miguel, eine indigene Autorität der Ch'orti' in Quetzaltepeque, erklärte, dass die Frauen den Wert ihrer Rechte verteidigen müssen, auch wenn "man uns beigebracht hat, unterwürfig zu sein".

Unterdessen trafen sich in El Estor führende Frauen aus 46 Gemeinden. Eines der Mitglieder sagte, dass sie über die Ungleichheiten diskutierten, die Frauen - Hausangestellte wie Geschäftsfrauen - erfahren. "Sie erhalten sehr wenig Lohn und werden nicht in gleicher Weise anerkannt wie Männer", sagte sie. Sie fügte hinzu, dass die Beteiligung von Frauen in indigenen Gemeinschaften gering sei und sich dieser Befund bei Wahlen noch verstärkte. "Keine von ihnen war bisher Bürgermeisterin, sie hatten immer Positionen wie Sprecherinnen im Komitee für kommunale Entwicklung (COCODES), aber sie nehmen nicht an der Entscheidungsfindung teil", fügte sie hinzu.

In Ixcán, Quiché, gaben indigene K'iche'-Frauen nach einem Treffen in der Gemeinde San Juan Chactela eine Erklärung ab, in der sie betonten, dass sie sich nicht manipulieren lassen wollen, da sie es "leid" seien, dass Politiker*innen ihre Würde ausnutzten. Prensa Comunitaria berichtete weiterhin über Märsche und andere Aktivitäten zum Gedenken an diesen Tag in San Juan Sacatepéquez, Huehuetenango, Quiché, Izabal und Alta Verapaz. (Prensa Comunitaria)

Izabal: Frauen sprechen über das Pro und Contra, sich an den Wahlen zu beteiligen

Izabal, 8. März - Das Nationale Frauenforum, das Kollektiv der Frauenorganisationen von Izabal und das Zentrum San Martín de Porres veranstalteten in der Stadt Puerto Barrios ein Forum, an dem namhafte Gemeindeleiterinnen und Menschenrechtsverteidigerinnen teilnahmen, die für die Parlamentswahlen 2023 kandidieren werden.

Bei der Veranstaltung, die am Internationalen Frauentag stattfand, tauschten sie sich über einige ihrer Aktivitäten für die Belange der Frauen aus, wie z. B. das Eintreten für Reformen des Gesetzes gegen Femizid, des Gesetzes über Entwicklungsräte und des Gemeindegesetzes. Sie waren sich einig darin, dass die Teilhabe von Frauen in diesen politischen Räumen sehr schwierig sei. So seien sie Gewalt ausgesetzt, ihre Beiträge würden unsichtbar gemacht und sie würden diskriminiert, weil ihnen die wirtschaftlichen Mittel fehlen, um Wahlkampf zu machen. Obwohl sie verschiedenen Parteien angehören, haben die Diskussionsteilnehmerinnen die Beiträge der Anderen anerkannt und respektiert.

Am Ende würdigten die Organisatorinnen der Veranstaltung Sheny Juárez, Liz Carranza Ilma Córdón, Feve Cabnal und Francis Palencia dafür, dass sie diese Räume für politische Partizipation geschaffen haben. (Prensa Comunitaria)

Q'eqchi'-Frauen diskutieren über Ausgrenzung und Wahlbeteiligung

Panzos/El Estor, 8. März - Q'eqchi'-Frauen aus Panzós, Alta Verapaz, und El Estor, Izabal, trafen sich am 8. März anlässlich des Internationalen Frauentags, um über die Ausgrenzung zu diskutieren, mit der sie in der Gemeinschaft und bei politischen Aktivitäten konfrontiert sind. Die Teilnehmerinnen konzentrierten sich auf die Parlamentswahlen 2023 als einen Zeitraum, in dem die politischen Parteien die Gemeinschaften ausnutzen, um an die Macht zu kommen, sie dann nach ihrer Amtsübernahme aber weiter diskriminieren und im Stich lassen.

Für Emilia Cac von der Stiftung Guillermo Toriello ist es wichtig, dass die Frauen ihre Rechte zu schätzen wissen, da es Politiker*innen gibt, die sie nur wählen, um ihre politische Teilhabe sicherzustellen, die sie aber ausschliessen, wenn sie zu regieren beginnen. Cac bedauerte, dass die Teilnahme von Thelma Cabrera und Jordán Rodas, dem Duo der Präsidentschaftskandidat*innen der Partei Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP), an den Wahlen 2023 behindert wird, weil dadurch auch "die Menschen, die wissen, wie sie ihre Vertreter*innen wählen können", benachteiligt, diskriminiert und ausgeschlossen werden. Frauen müssten die jüngste Vergangenheit in Erinnerung behalten, um nicht von denselben Politiker*innen, die nur auf ihren persönlichen Vorteil bedacht sind, mit Füßen getreten zu werden, bemerkte sie.

Teresa Caal aus der Gemeinde Chapín Arriba im Süden von El Estor wies auf jene Politiker*innen hin, die in die Gemeinden kommen, um sie mit Geldsäcken davon zu überzeugen, dass sie ihre Unterstützer*innen sind. Caal verurteilte die Tatsache, dass die Frauen betrogen werden, indem man ihnen Tüten mit Lebensmitteln gibt, Tüten, die nach den Wahlen zu Schulden werden, die die Menschen selbst bezahlen. "Hoffentlich kommen wir noch rechtzeitig zur Vernunft", sagte sie.

Am Ende der Diskussion wurde an die Frauen erinnert, die wegen der Verteidigung ihrer Rechte kriminalisiert wurden, insbesondere an die drei Frauen, die zu 75 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, angeblich wegen des Todes von drei Soldaten in Semuy II, El Estor, und an María Choc, eine Übersetzerin der Q'eqchi und Menschenrechtsverteidigerin, die vor Gericht steht. In einem Kommuniké verurteilen sie die Fehlentscheidungen von Präsident Alejandro Giammattei, den sie für die Enteignung von Gemeinden verantwortlich machen, die ihr Territorium gegen die Durchsetzung von Bergbauprojekten verteidigen. (Prensa Comunitaria)

Das Verfassungsgericht: Keine gültige ‚finiquito‘, keine Kandidatur für Rodas

Guatemala, 8. März - Das Verfassungsgericht (CC) hat beschlossen, den Antrag auf vorläufige Aussetzung der Anforderung des Vorlegens einer gültigen ‚finiquito‘, abzulehnen, der von Beamt*innen und ehemaligen Beamt*innen verlangt wird, die an den allgemeinen Wahlen teilnehmen wollen. Das höchste Gericht hat die Verfassungsklage der Bürgervereinigung 157 geprüft und laut Pressestelle des CC wie folgt geurteilt: "Die angefochtene Norm 214 lit. f) des Gesetzes über die Wahlen und die politischen Parteien wurde nicht ausgesetzt."

Im Jahr 2019 durfte die ehemalige Generalstaatsanwältin Thelma Aldana nicht als Präsidentschaftskandidatin antreten, da dieses Dokument vor ihrer Registrierung für ungültig erklärt wurde. Dasselbe geschah mit Jordán Rodas, dem ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten und Vizepräsidentschaftskandidaten der Partei Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP). Rodas' Vertrag wurde von der Obersten Rechnungskontrollbehörde (CGC) im Dezember 2022 um sechs Monate verlängert. Das Oberste Wahlgericht bestätigte jedoch die Ablehnung der Eintragung von Rodas, da das Dokument laut Beschluss des Bürgerregisters ungültig war, weil auf der Website der CGC eine Beschwerde des derzeitigen Ombudsmanns für Menschenrechte, Alejandro Córdoba, vom Januar angezeigt wurde.

Die Anwält*innen der MLP kämpfen noch immer vor Gericht, um die Teilnahme der Kandidat*innen der Partei, Thelma Cabrera und Rodas, an dem Verfahren zu ermöglichen. (Prensa Comunitaria)

In den Fusstapfen seines Bruders Jimmy: Sammy Morales ist für die Wahlen 2023 registriert

Guatemala, 8. März - Das Bürgerregister (RC) des Obersten Wahltribunals (TSE) hat Sammy Morales, den Bruder des ehemaligen Präsidenten Jimmy Morales, als Präsidentschaftskandidaten zugelassen. Er wurde von der politischen Partei Frente de Convergencia Nacional (FCN-Nación) nominiert, zusammen mit Miguel Ángel Moir Sandoval, der für das Amt des Vizepräsidenten kandidieren wird. Der Geschäftsmann und Schauspieler versucht nun, den Weg seines Bruders bei den Wahlen 2015 zu wiederholen, als dieser die Präsidentschärpe per Wahlsieg gewann.

Kritik an der Regierung von Jimmy

Während seiner vierjährigen Amtszeit wurde Morales mehrfach kritisiert, u. a. wegen der Ausweisung der inzwischen aufgelösten Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) und der Unterzeichnung des Abkommens über sichere Drittstaaten. Die Brüder Morales sind auch für ihre Fernsehkarriere bekannt, die sie mit der Comedy-Sendung Moralejas und ihren Auftritten in neun Filmen dieses Genres einleiteten. Sein Mitkandidat, Miguel Ángel Moir, war Leiter des Sekretariats für Planung und Programmierung der Präsidentschaft (Segeplan).

Die beiden Kandidaten werden proklamiert

Am 12. Februar wurde die Präsidentschaftskandidatur der FCN-Nación proklamiert. Die Zeremonie wurde von José Manuel Morales Marroquín, dem Sohn des ehemaligen Präsidenten, geleitet, der zum Präsidenten der Versammlung gewählt wurde.

"Wir hatten Angst, dass unser Image beschädigt werden würde. Ich war der erste, der sich Jimmys Eintritt in die Politik widersetzte, ich hatte echte und aufrichtig geäußerte Argumente. Ich hatte Angst, dass wir durch den Einstieg in die Politik das verlieren würden, was wir gemeinsam so hart aufgebaut hatten. Ich hatte Angst, dass unser Image beschädigt werden würde", sagte der Präsidentschaftskandidat. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass viele ihn mit Anschuldigungen verfolgten, die darauf abzielten, seine Glaubwürdigkeit zu zerstören. Er räumte aber zugleich ein, dass es eine Ehre sei, dass sein Bruder auf dem Präsidentenstuhl Platz genommen habe.

Ex-Präsident wird sich um einen Sitz im Kongress bemühen

Der ehemalige Präsident steht auf der Liste der Kandidat*innen für die Abgeordneten der nationalen Liste in der oben genannten Versammlung an erster Stelle, entsprechend der Reihenfolge der Ernennung. An zweiter Stelle der Liste steht Javier Hernández, Generalsekretär der Partei und Vorsitzender des Parteivorstandes. Der Antrag auf Eintragung des ehemaligen Präsidenten Jimmy Morales und der anderen Mitglieder der Liste wurde vorerst nicht angenommen. Darüber hinaus strebt der ehemalige Abgeordnete Luis Hernández Azmitia eine Rückkehr in den Kongress an, für den er in der ersten Wahlrunde im zentralen Bezirk nominiert wurde. (La Hora)

Es geht nicht nur um Jordán (Kolumne von Adrian Zapata in La Hora)

Guatemala, 8. März – Für diesen "perversen Mainstream der Elite" ist die Verhinderung der Eintragung der MLP-Präsidentschaftskandidatur mit den formalen Argumenten der fehlenden Kündigung von Jordán Rodas nur ein feiger Vorwand. Ihr Ziel ist es, den Aufbau einer radikalen politischen Option zu verhindern, die die Interessen der Armen und Ausgegrenzten bei den Wahlen vertritt.

Obwohl ihre Abneigungen und Ängste, die untrennbar miteinander verbunden sind, auch Jordán Rodas einschließen, ist der Hauptgrund eben jene Verhinderung einer wirklich alternativen Option. Rodas repräsentiert für diese perversen Eliten mehrere Dinge:

Erstens, seine Leistung als Ombudsmann für Menschenrechte, der mit Entschlossenheit und Hingabe die Rechte der Besitzlosen verteidigt. Zweitens, weil seine Teilnahme an den Rektoratswahlen der USAC gezeigt hat, dass ein "Aussen-seiter" in kurzer Zeit genügend Führungsstärke hinzugewinnen kann, um traditionelle Machtstrukturen herauszufordern. Dies war ein gefährlicher Präzedenzfall für den laufenden Wahlprozess. Und drittens, die Bedeutung der strategischen Intelligenz der MLP, über ihre indigene Vertretung hinauszugehen und die nationale Führung mit einem Mestizen zu teilen und so eine multikulturelle Brücke im politischen Kampf zu schlagen.

Aus diesem Grund haben die kooptierten Institutionen trotz der gewissenhaften Strategie von Jordán Rodas, seine Eintragung zu garantieren und sein finiquito immer wieder zu aktualisieren, einen Weg gefunden, seinen Ausschluss zu "rechtfertigen", indem sie zu plumpen Manövern griffen. Wenige Tage vor Ablauf der Frist für die Registrierung der Kandidat*innen zur Teilnahme an den nächsten Wahlen muss sich die MLP entscheiden, ob sie ihre Kandidat*innen-Liste ändern oder ob sie sich buchstäblich an jene Entscheidung halten will, die ihre Basis in Bezug auf die Nominierung ihrer Kandidat*innen-Liste getroffen hat und Jordán Rodas als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten aufstellen. Die Legitimität der letztgenannten Option steht ausser Frage, auch wenn sie für die Interessen der hegemonialen Eliten günstig ist.

Ich persönlich weiss nicht, ob für die erste Option (Ersetzung von Jordán) noch Zeit im Wahlverfahren und ob es eine gute politische Lösung ist. Aber ich habe keinen Zweifel daran, dass es für diese Eliten das Wichtigste ist, die Konsolidierung einer politisch-wählerischen Option zu verhindern, die, auch wenn es widersprüchlich klingt, innerhalb des Systems liegt, aber den Anspruch erhebt, es zu verändern. Dies ist für sie unannehmbar.

Die bisherige Strategie der MLP, alle relevanten nationalen und internationalen Instanzen auszuschöpfen, um die Zulassung ihres Kandidaten zu erreichen, bestätigt ihren politischen Willen zur Veränderung unter Wahrung der demokratischen Formalitäten. Die Kooptation von Institutionen, die direkt oder indirekt mit dem Wahlprozess zu tun haben, macht es jedoch schwierig zu glauben, dass dies möglich ist. Auch der zeitliche Ablauf des Wahlprozesses führt dazu, dass die internationalen Gremien, auf die sie zurückgreifen können, diesen nicht beeinflussen können.

Abschliessend lässt sich also sagen, dass Jordán Rodas jedes Recht hat, für seine Zulassung zu kämpfen. Und die MLP-Führung kann mit Fug und Recht behaupten, dass sie mit dem übereinstimmt, was die Basis beschlossen hat (das Duo Thelma Cabrera-Jordán Rodas zu nominieren), sodass diese perverse Elite mit dem Vollzug des Ausschlusses sehr zufrieden sein wird. Für sie ist es ein vorübergehender Erfolg; sie erkennen nicht, welche Auswirkungen dies mittel- und langfristig haben wird.

Aber wir als Bürger*innen müssen verstehen, dass sich hinter der Diskussion über die Erfüllung oder Nichterfüllung von Formalitäten bei der Registrierung von Jordán Rodas der rassistische und klassistische Terror derjenigen verbirgt, deren Interessen mit der von ihnen erreichten Kooptation der staatlichen Institutionen übereinstimmen. (La Hora)

Rechtswesen

Fall Molina Theissen: CC-Urteil empfiehlt aus gesundheitlichen Gründen die Freilassung der verurteilten Militärs

Guatemala, 8. März - Das Verfassungsgericht (CC) hat beschlossen, die im Fall Molina Theissen verurteilten pensionierten Militärs Francisco Luis Gordillo Martínez, Manuel Antonio Callejas y Callejas und Manuel Benedicto Lucas García zu begnadigen. Die Begünstigung erstreckt sich auch auf Hugo Ramiro Zaldaña Rojas, der zwar nicht in der Klageschrift genannt wird, aber zu den Angeklagten und Verurteilten dieser Taten gehört und derzeit seine Strafe verbüsst.

In seinem Urteil stellt das CC Überlegungen an, die den Verurteilten zugutekommen und darauf abzielen, ihnen Hausarrest zu gewähren. Dieser Antrag wurde aufgrund der Schwere der Straftaten, für die sie verurteilt wurden, abgelehnt. "Aus der Beschreibung des Gesundheitszustands jedes einzelnen der jetzt Verurteilten geht hervor, dass die Kammer bei der Entscheidung über den Antrag auf Überprüfung der Zwangsmassnahme aufgrund der Eigenschaften oder des Gesundheitszustands der Angeklagten die Situation der Gefährdung, in der sich die genannten Personen befinden, hätte berücksichtigen müssen. Konkret werden deren fortgeschrittenes Alter und chronische Krankheiten genannt, die aufgrund der durch das SARS-CoV-2 "COVID-19"-Virus und seine Varianten verursachten Pandemie immer noch besteht, sodass trotz der Unterbringung in einem medizinischen Zentrum eine latente Ansteckungsgefahr besteht, die schliesslich zu ihrem Tod führen könnte", entschied der CC.

Ein weiteres Kriterium, das den Angeklagten zugutekommt, ist folgendes: "Mit anderen Worten, es war nicht möglich, das Verbot des Artikels 264 des Strafgesetzbuches (Fluchtgefahr) kategorisch anzuwenden, da im Fall der Antragsteller die Gefahr der Behinderung der Wahrheitsfindung und die Fluchtgefahr angesichts der persönlichen Umstände jedes einzelnen von ihnen, die in der Akte nachgewiesen wurden, nicht festgestellt werden konnte". Das oberste Gericht wies

das Erste Hochrisikogericht an, ein neues Urteil zu erlassen und dabei die Empfehlungen dieses Urteils, das die Militärs begünstigt, zu berücksichtigen. (...)

Verurteilungen wegen schwerer Straftaten

Im Mai 2018 verurteilten die Richter*innen des Hochrisikogerichts C General Manuel Benedicto Lucas García, ehemaliger Chef des Generalstabs des Präsidenten, Manuel Callejas y Callejas, ehemaliger Geheimdienstchef, und Hugo Ramiro Zaldaña, ehemaliger Geheimdienstoffizier, zu 58 Jahren Haft; Francisco Luis Gordillo, ehemaliger Kommandant der Militärzone "General Manuel Lisandro Barillas" in Quetzaltenango, zu 33 Jahren Gefängnis wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des gewaltsamen Verschwindenlassens des Kindes Marco Antonio Molina Theissen sowie Vergewaltigung mit Strafverschärfung im Fall von Emma Molina Theissen. Im Jahr 2020 beantragte das Militär bei den Richter*innen des Ersten Hochrisikogerichts, ihnen Hausarrest zu gewähren, was jedoch abgelehnt wurde. Die Kammer argumentierte, dass sie dem Antrag nicht stattgeben könne, da die Straftaten, für die die Offiziere verurteilt wurden, keine alternativen Bestrafungsmassnahmen vorsähen.

Ablehnung des Urteils

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen haben ihre Ablehnung des Urteils zugunsten der Angeklagten zum Ausdruck gebracht. "Wir wollen keine Straffreiheit mehr. Urteile wie das im Fall Molina Theissen senden nicht nur ein schlechtes Signal an Richter*innen und Staatsanwält*innen, die versuchen, im Einklang mit dem Gesetz zu handeln, sondern sie bedrohen auch das Recht der Opfer, Gerechtigkeit zu suchen", heisst es in einer Erklärung des Zentrums für juristische Menschenrechtsaktionen (CALDH).

Gisela de León, juristische Direktorin des Zentrums für Gerechtigkeit und internationales Recht (CEJIL), ist der Ansicht, dass die Resolution des CC, die die Freilassung der Soldaten anordnen würde, nicht mit dem Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IACHR) übereinstimmt, das anordnet, dass den Opfern Gerechtigkeit widerfährt. "Wir werden den IACHR-Gerichtshof informieren, es ist nicht das erste Mal, dass diese Art des Vorgehens versucht wird. Wir werden ihn informieren, damit er den Staat auffordern kann, keine Aktion zu unternehmen, die Strafflosigkeit erzeugt", fügte er hinzu.

Nach diesem Urteil, das nicht mehr angefochten werden kann, da es sich um ein Urteil des Obersten Gerichts handelt, muss die Kammer abwarten, bis der Anordnung des Verfassungsgerichts Folge geleistet wird und auf der Grundlage dieses Urteils entscheiden, ob den Angeklagten, wie empfohlen, alternative Bestrafungsmassnahmen gewährt werden sollen oder nicht. In Anhörungen zu dieser Art von Fällen hat sich die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte gegen die von den Angeklagten beantragten Ersatzmassnahmen ausgesprochen. In der Anhörung vom vergangenen Dienstag im Fall Diario Militar wurde festgestellt, dass die Gefahr der Flucht latent vorhanden sei, ebenso wie die Angst der Opfer und Zeug*innen im Prozess. (Prensa Comunitaria)

Gericht bewilligt zweites Auslieferungersuchen für die ehemalige Generalstaatsanwältin Thelma Aldana, die in den USA im Exil lebt

Guatemala, 9. März - Das Zweite Pluripersonale Gericht Erster Strafinstanz genehmigte am Donnerstag, den 9. März, den Auslieferungsantrag der ehemaligen Generalstaatsanwältin Thelma Aldana aus den USA für den Fall, der mit dem Kauf eines Gebäudes für die Staatsanwaltschaft (MP) im Jahr 2017 im Wert von 35 Millionen Q zusammenhängt, wie Justizquellen berichteten.

Aldana befindet sich seit 2018 im Exil in den USA und hat bereits drei Haftbefehle für drei verschiedene Fälle erhalten. Der erste bezieht sich auf die Vergabe eines angeblichen 'Geisterjobs' (also ein*e Mitarbeiter*in, die nur zum Schein arbeitet, aber bezahlt wird). Der zweite Fall bezieht sich auf den Kauf des Gebäudes für die Staatsanwaltschaft und darauf, dass sie in ihrer eidesstattlichen Erklärung über ihr Vermögen falsche Angaben gemacht haben soll. Es wurde berichtet, dass die Spezialeinheit für internationale Angelegenheiten der Staatsanwaltschaft am Donnerstag das Auslieferungersuchen für Aldana wegen der möglichen Begehung der Straftaten Amtsmissbrauch und Betrug gestellt hat. Der Antrag ist Teil des Verfahrens gegen Aldana im Fall des Edificio de la zona 5, das von der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Strafflosigkeit (Feci) bearbeitet wird. Rafael Curruchiche, Leiter der Feci, erklärte, dass das Verfahren in Guatemala fortgesetzt werden und dann die Justizbehörden in den Vereinigten Staaten erreichen müsse, wo Aldana im Exil lebt. Curruchiche sagte, das Verfahren müsse über das Sekretariat des Obersten Gerichtshofs, dann über das Aussenministerium und schliesslich über die Vereinigten Staaten laufen.

Mit diesem Beschluss gibt es nun zwei von der guatemaltekischen Justiz genehmigte Auslieferungsbeschlüsse gegen Aldana. Der Erste erfolgte am 24. November 2022 im Zusammenhang mit einem Fall, der von der Staatsanwaltschaft für Verwaltungsdelikte untersucht wird und mit der angeblich irregulären Einstellung von Gustavo Bonilla, dem ehemaligen Dekan der Fakultät für Rechts- und Sozialwissenschaften der Universität San Carlos de Guatemala (USAC), als Ausbilder an der MP zusammenhängt, ohne dass er nach Angaben der Staatsanwaltschaft zur Arbeit erschienen sei.

Im Fall des Kaufs des Verwaltungsgebäudes in Asunción im Wert von 35 Millionen Q wurde Aldana des Betrugs beschuldigt. Der Fall entstand nach einer Anzeige von Ricardo Méndez Ruiz von der Stiftung gegen den Terrorismus und es wurde eine spezielle Kommission des Kongresses gebildet, um den Kauf zu überwachen. Sowohl nationale und internationale Organisationen als auch Aldana selbst behaupten, dass ihre strafrechtliche Verfolgung politisch motiviert sei und sich aus ihrer Anti-Korruptionsarbeit ableite, als sie an der Spitze der Staatsanwaltschaft stand. (Prensa Libre)

Migration

"Wir wären fast gestorben": die Geschichte eines guatemaltekischen Migranten, der in einem in Mexiko verlassenen Lieferwagen unterwegs war.

Veracruz/Mexiko, 8. März - Ein von den mexikanischen Behörden aufgenommenes Foto zeigt eine grosse Gruppe von Kindern und Jugendlichen, zumeist aus Guatemala, die vor kurzem aus einem Lieferwagen gerettet wurden. Das Bild wirft ein Schlaglicht auf die anhaltende Krise der irregulären Migration in die Vereinigten Staaten. Die 106 Minderjährigen, die ohne Familienangehörige unterwegs waren, gehörten zu einer Gruppe von mehr als 300 Personen, die in dem auf einer Autobahn in Veracruz, Mexiko, verlassenen Transporter gefunden wurden.

Obwohl er mit einer doppelstöckigen Metallkonstruktion, Ventilatoren und Dachlüftern ausgestattet war, erwies sich dies als unzureichend, und viele der Migrant*innen erlitten aufgrund der Überfüllung Erstickungsanfälle. Nachdem sie abgefangen worden waren, wiesen die mexikanischen Behörden die Migrant*innen aus und ein Teil der Gruppe kehrte am Dienstag, dem 8. März 2023, nach Guatemala zurück.

Bericht eines guatemaltekischen Migranten

Unter den Rückkehrern befand sich auch der 36-jährige Francisco, der von den Strapazen der Reise erzählte, nachdem er seine Heimat in der Region Chicamán in Quiché verlassen hatte. Er sagte, er habe die Reise aus "wirtschaftlicher Not" seiner Familie unternommen. "Es war hart, wir wären fast gestorben", begann er und erzählte von den zwei Stunden, die sie in dem Transporter eingesperrt waren, der ihm "eher wie ein Ofen vorkam", erinnerte er sich.

Die letzten 20 Minuten der Fahrt, bevor der Anhänger anhielt und sie entdeckt wurden, waren die kritischen Minuten. "Es gibt viele, die fast ihr Leben verloren hätten. [...] Bevor er anhielt, hatten wir das Gefühl, tot zu sein, da lagen einige Leute", beschreibt der Migrant. Trotz der Komplikationen, die er erlebt hat, versichert Francisco, dass er erneut versuchen werde, nordamerikanischen Boden zu erreichen: "Wenn Gott es uns erlaubt, werden wir es erneut versuchen".

Wie Francisco berichtete auch ein anderer Migrant aus Chiquimula namens Walter gegenüber Prensa Libre und Noticiero Guatevisión von seiner Erfahrung, 17 Stunden in einem Transporter zu verbringen. Es gibt Ähnlichkeiten zwischen den beiden Berichten über die schwierige Reise unter prekären Bedingungen und ohne eine Erfolgsgarantie, für die sie Tausende von Quetzales Schulden gemacht haben. (Prensa Libre)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

12.

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6